

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum

**13.07.2022**

Ausschussbetreuender Fachbereich

**Stabsstelle Management Großprojekte**

Schriftführung

Melissa Kemmerling

Telefon-Nr.

**02202-142560**

## **Niederschrift**

**Ausschuss für den Stadthausneubau**  
**Sitzung am Dienstag, 24.05.2022**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:00 Uhr - 19:50 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

**18:55 – 19:00 Uhr**

**Sitzungsteilnehmer**

Siehe Tagesordnungspunkt Ö1

## **Tagesordnung**

### **Ö Öffentlicher Teil**

- 1**      **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
  
- 2**      **Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
  
- 3**      **Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
  
- 4**      **Mitteilungen des Bürgermeisters**
  
- 5**      **Ergebnisse der Tätigkeitsanalyse und Homeoffice-Befragung in den Fachbereichen 1, 2, 3 und 5**  
          *0260/2022*
  
- 6**      **Anträge der Fraktionen**

## **7      Anfragen der Ausschussmitglieder**

# Protokollierung

## Ö Öffentlicher Teil

### 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Bacmeister eröffnet um 17:00 Uhr die vierte Sitzung des Ausschusses für den Stadthausneubau der Stadt Bergisch Gladbach in der zehnten Wahlperiode. Er stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen worden und beschlussfähig sei.

Anwesend sind die Ausschussmitglieder:

Dr. Friedrich Bacmeister  
Matthias Butz  
Oliver Renneberg  
Gabriele von Berg  
Frank Reiländer  
Jürgen Tischmacher (für Dr. Josef Cramer)  
Anne Skribbe  
Klaus Waldschmidt (für Corvin Kochan)  
Ute Stauer  
Stephan Winkelmann  
Dr. Benno Nuding  
Florian Fornoff  
Holger Thien

Und die Verwaltungsangehörigen:

Frank Stein (Bürgermeister)  
Thore Eggert (Kämmerer und Beigeordneter VV I)  
Frank Wilhelm (Management Großprojekte)  
Alexandra Meuthen (Hochbau)  
Lisa Sprenger (Personal – und Organisationsentwicklung)  
Sascha Inderwisch (Fachbereichsleiter 9)  
Melissa Kemmerling (Schriftführung)

Sowie der externe Gast:

Frank Werker (Internationales Institut für Facility Management GmbH)

Als Unterlage der heutigen Sitzung benennt Herr Dr. Bacmeister die Einladung vom 11.05.2022 mit den dazugehörigen Vorlagen sowie einer ergänzenden Tischvorlage zum TOP N 4 – Anmietung eines Verwaltungsstandortes (Vorlagen Nr. 0278/2022).

Die Tischvorlage ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

### 2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Da keine Einwände vorgetragen werden, gilt die Niederschrift als genehmigt.

### 3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Dr. Bacmeister erläutert, dass eine Beschwerde bei der Vergabekammer die Verhandlungen zur Anmietung der Rhein-Berg-Passage immer noch verhindere. Umso erfreulicher sei die jüngste Entwicklung, ein anderes potentiell Verwaltungsgebäude als weitere Option im Raum stehen zu

haben. Er dankt hierfür der Verwaltung, dass die Situation der Mitarbeiterschaft in den alten Stadthäusern verbessert werde.

Herr Stein bittet, nichtöffentliche Themen erst im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln.

Herr Dr. Bacmeister entgegnet, dass die Stadtverwaltung hierzu eine Pressemitteilung herausgegeben habe und dass die Öffentlichkeit dementsprechend bereits informiert sei. Ein perspektivischer Einzug im Jahr 2024 sei vermutlich mit einigen Kompromissen verbunden: Die Anbindung an den öffentlichen Verkehr sei nicht so optimal, wie am S-Bahnhof. Das würde die CO<sub>2</sub>-Bilanz negativ beeinflussen. Auch das Ziel, den S-Bahnhof zum attraktiven Entree für die Stadt zu machen, könne dadurch nicht unterstützt werden. Zudem sei das Ziel, papierlos umzuziehen, ebenfalls gefährdet.

Herr Waldschmidt führt an, dass er überrascht über die Mitteilung von Herrn Dr. Bacmeister sei. Diese Informationen seien Informationen der Verwaltung, über die im nichtöffentlichen Teil gesprochen werden solle. Zudem sei das AOK-Gebäude durch eine Busverbindung optimal an den ÖPNV angebunden.

Herr Stein wiederholt, dass dies Bestandteil des nichtöffentlichen Teils sei. Er stimme ausdrücklich Herrn Waldschmidt über die Anbindung des Gebäudes zu. Die Erreichbarkeit sei auch besser als in den Stadthäusern, wo oft kein Parkplatz gefunden werden könne. Zudem sei die CO<sub>2</sub>-Bilanz grundsätzlich bei einem Bestandsgebäude geringer, als bei einem Neubau. Er teile die Kritik nicht, sondern sehe es vorteilhaft, dass sowohl die Fläche am S-Bahnhof und die der alten Stadthäuser genutzt werden könne, um diese städtebaulich neu zu bespielen. Insgesamt sei die Möglichkeit sowohl für die Stadtentwicklung, als auch für das Publikum und die Co<sub>2</sub>-Bilanz positiv. Er schlägt deshalb vor, nun weiter in die Tagesordnung einzusteigen.

#### **4. Mitteilungen des Bürgermeisters**

Keine.

#### **5. Ergebnisse der Tätigkeitsanalyse und Homeoffice-Befragung in den Fachbereichen 1, 2, 3 und 5** *0260/2022*

Herr Stein leitet ein, dass die Präsentation auf Bitten der Fraktionen den Ausschussmitgliedern vorab zur Kenntnis gegeben worden sei. Hierbei wurde der Hinweis gegeben, dass die Präsentation nur im Zusammenhang mit den begleitenden Erläuterungen die vollumfassende Information darstelle. Da die Präsentation trotzdem ihren Weg in die Medien gefunden habe, möchte er ausdrücklich betonen, dass es zwischen der Fachuntersuchung und der Vorlage im nichtöffentlichen Teil keinen unmittelbaren Zusammenhang gebe. Die Ergebnisse stellen dementsprechend kein Gutachten zum bereits angesprochenen AOK-Gebäude dar, auch wenn es inhaltliche Beziehungen gebe. Dennoch würden auch zukünftig vorliegende Informationen vorab der Politik mit dem ausdrücklichen Hinweis zur Verfügung gestellt, dass beispielsweise Gutachten oder Vorträge in den seltensten Fällen selbsterklärend seien.

Herr Dr. Bacmeister begrüßt Herrn Werker als Gast von dem Internationalen Institut für Facility Management GmbH (i<sup>2</sup>fm) und bittet ihn, die vorbereitete Präsentation vorzutragen. Die Präsentation wird der Niederschrift beigelegt.

Herr Dr. Bacmeister dankt Herrn Werker für den Vortrag.

Frau Skribbe erfragt, welche Gremien in der Entwicklung der Tätigkeitserfassung und Homeoffice-Befragung beteiligt worden seien.

Laut Herrn Werker seien der Personalrat, die Gleichstellungsbeauftragte und die Datenschutzbeauftragte beteiligt worden.

Herr Dr. Bacmeister erfragt, ob die Hauptnutzfläche keine Aktenfläche umfasse und mit wie viel Quadratmetern für ein Büro gerechnet werden müsse.

Herr Werker antwortet, dass die Akten auch dezentral gelagert werden könnten und das papierlose Büro keine Voraussetzung für das aktivitätsbasierte Arbeiten sei. Eine Einzel-Konzentrationszelle hätte in einem Business Club ca. 10 cm<sup>2</sup>. Ein Business Club habe jedoch eine Vielzahl von Räumlichkeiten, die zur jeweiligen Aktivität passen würden und dementsprechend auch andere Quadratmeterzahlen aufweisen würden (z.B. Besprechungsräume, Projekträume, Pausenräume).

Herr Wilhelm erinnert an den Besuch mit einigen Ausschussmitgliedern zur Besichtigung der Pilotetage des Landschaftsverband Rheinlandes. Dort sei ebenfalls verdeutlicht worden, dass die Anforderungen des Arbeitsschutzes bei einem Business Club unterschiedlich zu einer klassischen Zellenbürostruktur seien. Die Quadratmeterzahlen würden zum Beispiel bei einer Einzel-Konzentrationszelle geringer ausfallen, da sich dort nicht den ganzen Arbeitstag aufgehalten werde.

Auf Frau Stauers Frage, ob zur besseren Anpassung der Räume beispielsweise Wände verschoben werden können, antwortet Herr Werker, dass dies verschiedene Nachteile aufweise. Bei Bedarf solle eine Anpassung der Räumlichkeiten stattfinden.

Herr Tischmacher erfragt, ob die besonderen Bedarfe der Führungskräfte abgefragt worden seien.

Herr Werker antwortet, dass der Tätigkeitsschwerpunkt der Führung bereits in der Tätigkeitsanalyse abgefragt worden sei. Die Schulungen der Führungskräfte und die besonderen räumlichen Anforderungen würden einen wesentlichen Bestandteil des mobilen Arbeitens abbilden.

Frau Skribbe ergänzt, dass Frau von Berg bei der bereits genannten Besichtigung der Pilotetage des Landschaftsverband Rheinlandes hierzu ausführte: Es sei ein neues Führungsverhalten notwendig.

Herr Butz dankt Herrn Werker für den Vortrag und teilt mit, dass diese Ergebnisse für die CDU nicht verblüffend seien. Die Ergebnisse würden einen Ausblick darstellen, um die Modernisierung der Verwaltung in einem Wandel zu vollziehen. Die vorgestellten Annahmen seien auf einer Teilnehmerquote von 29% basiert. Es könne jedoch sein, dass die restlichen Nicht-Teilnehmenden diese Annahmen nicht unterstützen. Gebraucht werde nun unbedingt ein Changemanagement, um den Weg zum mobilen Arbeiten zu beschreiten.

Herr Waldschmidt weist darauf hin, dass während der Corona-Pandemie nicht allen Mitarbeitenden die Voraussetzungen auf einen passenden, ergonomischen Arbeitsplatz im Homeoffice zur Verfügung standen. Er fragt, inwiefern dies in den Entwicklungen berücksichtigt werden könne.

Herr Werker antwortet, dass die Voraussetzungen für das Arbeiten im Homeoffice in einer passenden Konzeptentwicklung erarbeitet werden müssen.

Herr Winkelmann erfragt, wie viele Mitarbeitende bereits jetzt schon in der Teleheimarbeit arbeiten.

Herr Stein stimmt Herrn Butz mit seiner Auffassung zu, dass ein Changemanagement nun benötigt werde. Wenn die Politik dem Vorschlag der Verwaltung bezüglich eines anderen Standortes zustimme, obliege das Changemanagement einem ganz anderen Zeitdruck. Daneben ergebe sich daraus eine bessere Motivationslage der Kolleginnen und Kollegen, indem eine klare, verbindliche Aussicht vorliege. Nächstes Jahr werde das Thema des neuen Verwaltungsstandortes bereits seit zehn Jahre bearbeitet. Die geringe Beteiligung würde seines Erachtens hiermit in Zusammenhang stehen. Unabhängig von der Teilnehmerquote sei jedoch ein klarer Trend zum mobilen Arbeiten erkennbar, der ihn bestätige, dass dies der richtige Weg sei.

Bezüglich Herrn Winkelmanns Frage antwortet Herr Stein, dass über ein Drittel der Belegschaft mit PC-Arbeitsplatz bereits einen Teleheimarbeitsplatz in Anspruch nehmen würden. Zudem gäbe es das Phänomen, dass Anträgen auf Verlängerung der Teleheimarbeit kritisch und negativ gegenübergestellt worden sei. Deswegen sei im Verwaltungsvorstand beschlossen worden, dass Ablehnungen zu Verlängerungsanträgen von Teleheimarbeit durch die Führungskräfte nur mit Begründung und Tragen der Beweislast zulässig sei. Das Führungsverhalten müsse sich dementsprechend verändert werden.

Ebenso soll bei der Einstellung von neuen Führungskräften das Qualifikationsprofil Offenheit und Bereitschaft gegenüber neuen Arbeitsformen stärker hinterfragt werden.

Das Thema der gesamten Verwaltungsmodernisierung und New Work sei bei dem Fachbereich 1 Personal und Organisation angesiedelt. Dementsprechend sei der Hauptausschuss zuständig. In der nächsten Sitzung werde Herr Sprenger hierzu eine Vorlage vorstellen. Es werde beispielsweise eine neue Dienstvereinbarung zum Thema Teleheimarbeit und Arbeitszeit sowie ein Personalentwicklungskonzept benötigt. Hierbei sei es zwingend, dass der Personalrat von Beginn an ein Teil der Projektstruktur bilde. Ebenso sei das Thema des papierlosen Büros sicherlich ein Fernziel, jedoch stünde außer Frage, dass dies benötigt werde.

Insgesamt unterstütze er die Verwaltungsmodernisierung ausdrücklich.

Herr Werker unterstreicht, dass ein Changemanagement wichtig sei, um in das Konzept der mobilen Arbeit zu finden.

Herr Eggert betont, dass Verbindlichkeit wichtig sei, um das Ziel zu erreichen. Im Prozess der Modernisierung werde es sicherlich Fehler geben, aus denen gelernt werden müsse. Es werde keine Option mehr sein, die Modernisierung nicht weiterzuentwickeln. Die Frage sei, wie die Verwaltung klug den Transformationsprozess voranbringen könne.

Herr Reiländer teilt mit, dass nicht nur ein Konsens über die Notwendigkeit der Modernisierung ausreichen würde, sondern stimmt Herrn Eggert zu, dass in die Umsetzung gegangen werden müsse. Es sei vorteilhaft, das Thema in einem Projektmanagement zu bearbeiten, um das Momentum der motivierten Mitarbeitenden zu nutzen. Er verweist auf den Besuch beim LVR, in dem ersichtlich geworden sei, dass durch passende räumliche Angebote die Arbeitgeberattraktivität gesteigert werden könne.

Frau Skribbe stimmt der Notwendigkeit eines Changemanagements zu. Sie fragt, ob die Inklusionsbeauftragte bei den Beteiligungsprozessen dabei gewesen sei.

Herr Werker teilt mit, dass selbstverständlich individuelle Lösungen geschaffen werden müssten, um auch den benachteiligten Personen in dem Konzept des mobilen Arbeitens eine passende Arbeitsmöglichkeit zu geben.

Herr Stein bestätigt, dass die Inklusionsbeauftragte weiter eingebunden werde.

Herr Wilhelm ergänzt, dass auch die Inklusionsbeauftragte bei der Initiierung des Prozesses eingebunden sei. Die Mitbestimmung zur Tätigkeitsanalyse und Homeoffice-Befragung obliege jedoch dem Personalrat.

## **6. Anträge der Fraktionen**

Keine.

7. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Keine.

Herr Dr. Bacmeister schließt um 18:55 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und bittet die interessierte Öffentlichkeit, den Saal zu verlassen.

gez.  
Dr. Friedrich Bacmeister  
Vorsitzender

gez.  
Melissa Kemmerling  
Schriftführung

